

Überarbeitung der Gruppenfreistellungsverordnung für vertikale Vereinbarungen

Erläuterungen

Am 9 Juli 2021 hat die Kommission einen Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung¹ („Vertikal-GVO“) zur öffentlichen Konsultation vorgelegt. Die Vertikal-GVO enthält Bestimmungen zu den sogenannten vertikalen Vereinbarungen, d. h. Vereinbarungen, die sich auf die Lieferung und den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen beziehen. Diese Vereinbarungen bestehen in der gesamten EU-Wirtschaft. Nach der Vertikal-GVO gilt das Verbot des Artikels 101 Absatz 1 AEUV für vertikale Vereinbarungen nicht, wenn diese bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Zusammen mit dem Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO hat die Kommission einen Entwurf der überarbeiteten Leitlinien für vertikale Beschränkungen² („Vertikal-Leitlinien“) vorgelegt, in denen die Auslegung und Anwendung der Vertikal-GVO, aber auch die Prüfung nicht freigestellter vertikaler Vereinbarungen nach Artikel 101 Absätze 1 und 3 AEUV näher erläutert werden.

Im Rahmen der öffentlichen Konsultation sollen Stellungnahmen der Interessenträger zum Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO sowie zum Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien eingeholt werden, insbesondere zu den von der Kommission vorgeschlagenen Änderungen, mit denen die in der Evaluierung (am 8. September 2020 veröffentlichte Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen³) ermittelten Probleme gelöst werden sollen.

Die Evaluierung ergab, dass die Vertikal-GVO und die Vertikal-Leitlinien nützliche Instrumente sind, die die Beurteilung vertikaler Vereinbarungen nach Artikel 101 AEUV erheblich erleichtern und zur Senkung der Befolgungskosten für Unternehmen beitragen. Sie zeigte jedoch auch, dass die Vertikal-GVO und die Vertikal-Leitlinien noch besser funktionieren könnten und insbesondere an die seit der Annahme der geltenden Vorschriften eingetretenen Marktentwicklungen angepasst werden müssen.

Seit Beginn der Folgenabschätzungsphase im Oktober 2020 hat die Kommission weitere Erkenntnisse bezüglich der verbesserungswürdigen Bereiche gewonnen, und zwar u. a. aus einer vom 18. Dezember 2020 bis zum 26. März 2021 abgehaltenen öffentlichen Konsultation und zahlreichen Gesprächen mit Interessenträgern und nationalen Wettbewerbsbehörden. In den Entwürfen der überarbeiteten Vertikal-GVO und der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien werden alle bislang gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt. Die öffentliche Konsultation zu den Entwürfen ist fester Bestandteil der von der Kommission durchgeführten Erhebung der relevanten Fakten. Sie wird in die Folgenabschätzung einfließen, die wiederum in der endgültigen Fassung der überarbeiteten Vertikal-GVO und der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien berücksichtigt wird.

Bisher enthalten die Entwürfe der überarbeiteten Vertikal-GVO und der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien die Änderungen, die die Kommission auf der Grundlage der in diesen Erläuterungen zusammengefassten Erkenntnisse vorgeschlagen hat. Dabei wurde den folgenden drei Zielen Rechnung getragen:

¹ Verordnung (EU) Nr. 330/2010 der Kommission vom 20. April 2010 über die Anwendung von Artikel 101 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Gruppen von vertikalen Vereinbarungen und abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. L 102 vom 23.4.2010, S. 1).

² Leitlinien für vertikale Vereinbarungen (ABl. C 130 vom 19.5.2010, S. 1).

³ Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen – Evaluierung der Vertikal-Gruppenfreistellungsverordnung (SWD(2020)172 final).

- Anpassung des geschützten Bereichs (Safe Harbour), um auf der Grundlage der Vertikal-GVO keine falsch positiven Ergebnisse und weniger falsch negative Ergebnisse zu erhalten (**Ziel 1**);
- Bereitstellung einer aktuellen Orientierungshilfe für Interessenträger für ein durch die Zunahme des elektronischen Handels und der Online-Plattformen geprägtes neues Unternehmensumfeld und Gewährleistung einer einheitlicheren Anwendung der Vorschriften für vertikale Vereinbarungen in der gesamten Europäischen Union (**Ziel 2**);
- Senkung der Befolgungskosten für Unternehmen durch Vereinfachung komplexer Bereiche der derzeitigen Vorschriften und Straffung der bestehenden Leitlinien (**Ziel 3**).

1. Anpassung des geschützten Bereichs (Safe Harbour), um auf der Grundlage der Vertikal-GVO keine falsch positiven Ergebnisse und weniger falsch negative Ergebnisse zu erhalten

Im Zuge der Evaluierung ermittelte die Kommission vier Bereiche, in denen möglicherweise Änderungen erforderlich sind, um den in der Vertikal-GVO vorgesehenen geschützten Bereich an den gewünschten Geltungsbereich anzupassen.

Zwei der vier Bereiche (zweigleisiger Vertrieb und Paritätsverpflichtungen, die im Folgenden näher beschrieben werden) betreffen mögliche falsch positive Ergebnisse.

Falsch positive Ergebnisse liegen vor, wenn vertikale Vereinbarungen und Beschränkungen derzeit in den geschützten Bereich der Vertikal-GVO fallen, obwohl nicht mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass sie in der Regel insgesamt die Effizienz fördern und somit die Voraussetzungen für eine Freistellung nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV erfüllen. Kommt es zu falsch positiven Ergebnissen, muss die Kommission den geschützten Bereich stärker eingrenzen, um ihn mit Artikel 101 AEUV und der Ermächtigungsverordnung⁴ in Einklang zu bringen.

Die beiden anderen Bereiche (Beschränkungen des aktiven Verkaufs und Beschränkungen des Online-Verkaufs, die im Folgenden ebenfalls näher beschrieben werden) betreffen mögliche falsch negative Ergebnisse.

Falsch negative Ergebnisse liegen vor, wenn vertikale Vereinbarungen und Beschränkungen derzeit nicht unter die Vertikal-GVO fallen, obwohl mit hinreichender Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass sie unter bestimmten Bedingungen die Voraussetzungen für eine Freistellung nach Artikel 101 Absatz 3 AEUV in der Regel erfüllen. Da der Ausschluss generell freistellbarer vertikaler Vereinbarungen und Beschränkungen vom geschützten Bereich nicht zu einem Verstoß gegen Artikel 101 AEUV oder die Ermächtigungsverordnung führt, ist es für die Kommission nicht zwingend erforderlich, tätig zu werden. Der Ausschluss solcher Vereinbarungen erhöht jedoch den Aufwand und damit die Befolgungskosten für Unternehmen und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen („KMU“), wenn sie selbst prüfen, ob ihre Vereinbarungen gegen Artikel 101 AEUV verstoßen. Die Kommission ist daher bestrebt, solche falsch negativen Ergebnisse auf ein Minimum zu reduzieren.

⁴ Verordnung Nr. 19/65/EWG des Rates vom 2. März 1965 über die Anwendung von Artikel 85 Absatz 3 des Vertrages auf Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen (ABl. 36 vom 6.3.1965, S. 35), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1215/1999 des Rates vom 10. Juni 1999 (ABl. L 148 vom 15.6.1999, S. 1). Mit dieser Verordnung ermächtigte der Rat die Kommission zum Erlass von Gruppenfreistellungsverordnungen für bestimmte Gruppen von Vereinbarungen und aufeinander abgestimmten Verhaltensweisen, die unter Artikel 101 AEUV fallen.

- Der zweigleisige Vertrieb umfasst Situationen, in denen ein Anbieter seine Waren oder Dienstleistungen nicht nur über unabhängige Vertriebshändler, sondern auch direkt an Endkunden verkauft und dabei in direktem Wettbewerb mit seinen unabhängigen Vertriebshändlern steht. Die bisher bei der Überprüfung der Vertikal-GVO gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sich der ursprünglich auf relativ wenige Fallkonstellationen begrenzte zweigleisige Vertrieb seit der Annahme der derzeit geltenden Vertikal-GVO und Vertikal-Leitlinien zum vorherrschenden Vertriebsmodell entwickelt hat. Dies ist vor allem auf die Zunahme des Online-Handels zurückzuführen, der Anbietern den Direktverkauf über ihre eigenen Webshops oder über Online-Marktplätze erleichtert. Daher dürfte die derzeitige Ausnahme für den zweigleisigen Vertrieb zur Freistellung vertikaler Vereinbarungen führen, die aber möglicherweise nun erhebliche Bedenken bezüglich des horizontalen Wettbewerbs aufwerfen.

Der Vorschlag in Artikel 2 Absätze 4 bis 7 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO schließt zweigleisigen Vertrieb, der Bedenken hinsichtlich des horizontalen Wettbewerbs aufwerfen könnte, von den bestehenden Safe-Harbour-Szenarien aus. Artikel 2 Absatz 4 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO sieht vor, den derzeitigen geschützten Bereich für den zweigleisigen Vertrieb auf Fälle zu beschränken, in denen der gemeinsame Marktanteil der beteiligten Unternehmen auf Einzelhandelsebene im Einklang mit der in der De-minimis-Mitteilung⁵ verwendeten Marktanteilsschwelle für Vereinbarungen zwischen Wettbewerbern höchstens 10 % beträgt.

Artikel 2 Absatz 5 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO sieht einen zusätzlichen, aber begrenzteren geschützten Bereich für den zweigleisigen Vertrieb vor, in dem der Anbieter und seine Vertriebshändler einen gemeinsamen Marktanteil von mehr als 10 % auf Einzelhandelsebene haben, aber die in Artikel 3 der Vertikal-GVO festgelegte Marktanteilsschwelle von 30 % nicht überschreiten. Um den geschützten Bereich so weit wie möglich aufrechtzuerhalten und die Rechtssicherheit für Unternehmen zu erhöhen, bleiben in solchen Fällen alle Aspekte ihrer vertikalen Vereinbarung freigestellt, mit Ausnahme des Informationsaustauschs zwischen den an der vertikalen Vereinbarung beteiligten Unternehmen. Artikel 2 Absatz 6 des Entwurfs präzisiert zudem, dass Artikel 2 Absätze 4 und 5 unterliegende Fallkonstellationen des zweigleisigen Vertriebs nur dann in den geschützten Bereich der überarbeiteten Vertikal-GVO fallen können, wenn die vertikalen Vereinbarungen weder bezweckte Beschränkungen im Sinne des Artikels 101 Absatz 1 AEUV noch Kernbeschränkungen im Sinne des Artikels 4 der überarbeiteten Vertikal-GVO enthalten.

Weitere Erläuterungen zum überarbeiteten Anwendungsbereich der Ausnahme für den zweigleisigen Vertrieb finden sich im Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien (Abschnitt 4.4.3), in dem auch auf die Leitlinien für horizontale Vereinbarungen⁶ Bezug genommen wird. Die Horizontal-Leitlinien werden derzeit ebenfalls überarbeitet und könnten in Zukunft weitere Orientierungshilfen für den horizontalen und vertikalen Informationsaustausch

⁵ Bekanntmachung der Kommission über Vereinbarungen von geringer Bedeutung, die im Sinne des Artikels 101 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union den Wettbewerb nicht spürbar beschränken (De-minimis-Bekanntmachung) (ABl. C 291 vom 30.8.2014, S. 1).

⁶ Leitlinien zur Anwendbarkeit von Artikel 101 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit (ABl. C 11 vom 14.1.2011, S. 1), geändert durch Berichtigungen (ABl. C 33 vom 2.2.2011, S. 20).

im Rahmen des zweigleisigen Vertriebs bieten, um die Rechtssicherheit für Unternehmen weiter zu erhöhen.

Auch der Vorschlag, den Anwendungsbereich der Ausnahme für den zweigleisigen Vertrieb auf Großhändler und Importeure auszudehnen, ist in den Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO eingeflossen (siehe Artikel 2 Absatz 4 Buchstabe a). Nach Artikel 2 Absatz 7 der überarbeiteten Vertikal-GVO sind Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten jedoch von dieser Ausnahme ausgeschlossen, wenn sie eine Hybridstellung innehaben, d. h., wenn sie Waren oder Dienstleistungen im Wettbewerb mit Unternehmen verkaufen, für die sie Online-Vermittlungsdienste erbringen.

- Paritätsverpflichtungen, die bisweilen auch als Meistbegünstigungsklauseln bezeichnet werden, besagen in der Regel, dass ein Unternehmen seinem Vertragspartner mindestens genauso günstige Bedingungen anbieten muss, wie auf jeglichen anderen Vertriebs-/Vermarktungskanälen (z. B. anderen Plattformen) oder über den Direktverkaufskanal des Unternehmens (z. B. eigene Website(s)) angeboten werden. Wenngleich Paritätsklauseln gegenwärtig nach der Vertikal-GVO freigestellt sind, gehen Wettbewerbsbehörden seit einigen Jahren in zunehmendem Maße mit Durchsetzungsmaßnahmen gegen solche Bestimmungen vor.

Da die Durchsetzungsmaßnahmen vor allem Paritätsklauseln für indirekte Vertriebskanäle betrafen, sieht der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO vor, solchen durch Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten auferlegten plattformübergreifenden Paritätsverpflichtungen in Bezug auf die Einzelhandelskonditionen den Rechtsvorteil der Gruppenfreistellung zu entziehen. Diese Art von Paritätsverpflichtung wird in die Liste der nicht freigestellten Beschränkungen in Artikel 5 Absatz 1 Buchstabe d des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO aufgenommen. Infolgedessen müssten derartige Paritätsverpflichtungen künftig nach Artikel 101 des Vertrags einzeln geprüft werden.

Paritätsverpflichtungen in Bezug auf die Einzelhandelskonditionen für direkte Vertriebs- oder Vermarktungskanäle (sogenannte „enge“ Paritätsklauseln) sollen hingegen laut dem Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO freigestellt bleiben. Solche engen Paritätsverpflichtungen in Bezug auf die Einzelhandelskonditionen sowie Paritätsverpflichtungen für den Großhandel fallen weiterhin in den geschützten Bereich der Vertikal-GVO, sofern die allgemeinen Bedingungen für die Anwendung der Vertikal-GVO, insbesondere die in Artikel 3 der Vertikal-GVO vorgesehenen Marktanteilsschwellen von 30 %, eingehalten werden. Weitere Hinweise zur Beurteilung von Paritätsverpflichtungen finden sich in den Abschnitten 6.2.4 und 8.2.5 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien.

- Beschränkungen des aktiven Verkaufs beeinträchtigen die Möglichkeit der Abnehmer, sich aktiv an einzelne Kunden zu wenden. Nach den derzeit geltenden Bestimmungen der Vertikal-GVO sind Beschränkungen des aktiven Verkaufs nur in eng gefassten Ausnahmefällen zulässig. Die bislang im Zuge der Überprüfung der Vertikal-GVO und der Vertikal-Leitlinien gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass diese Bestimmungen unklar sind und die Anbieter bei der ihren Geschäftsanforderungen entsprechenden Gestaltung ihrer Vertriebssysteme einschränken.

Vor diesem Hintergrund wird der Begriff der „Beschränkung des aktiven Verkaufs“ in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe l in Verbindung mit Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe n des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO nun definiert. Darüber hinaus enthält der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO Vorschläge zur Änderung der Bestimmungen zu Beschränkungen

des aktiven Verkaufs; diese finden sich hauptsächlich in Artikel 4 Buchstaben b bis d des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO.

In Artikel 4 Buchstabe b wird die Möglichkeit eines geteilten Alleinvertriebs eingeführt, der vorliegt, wenn ein Anbieter mehr als einen Alleinvertriebshändler in einem bestimmten Gebiet oder für eine bestimmte Kundengruppe benennt. Gleichzeitig wird mit der vorgeschlagenen Änderung eine Verbindung zwischen diesem geteilten Alleinvertrieb und der Effizienz des Alleinvertriebssystems hergestellt, um sicherzustellen, dass dies nicht zu einer Fragmentierung des Binnenmarktes führt. Zu diesem Zweck wird im Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien präzisiert, dass die Zahl der benannten Vertriebshändler im Verhältnis zu dem zugewiesenen Gebiet oder der zugewiesenen Kundengruppe so festgelegt werden sollte, dass zum Schutz der von den Vertriebshändlern getätigten Investitionen ein bestimmtes Geschäftsvolumen gesichert ist.

Eine weitere Änderung in Bezug auf den Alleinvertrieb besteht darin, dass der Anbieter seine Abnehmer zur Weitergabe der Beschränkung des aktiven Verkaufs an ihre Kunden verpflichten kann. Nach Artikel 4 Buchstabe b des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO ist eine solche Weitergabe möglich, wenn der Kunde des Abnehmers eine Vertriebsvereinbarung mit dem Anbieter oder mit einem beteiligten Unternehmen geschlossen hat, dem der Anbieter Vertriebsrechte gewährt hat. Diese Änderung soll dazu beitragen, die Investitionsanreize für Alleinvertriebshändler besser zu schützen.

Darüber hinaus sieht Artikel 4 Buchstabe c des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO vor, dass selektive Vertriebssysteme in den betreffenden Gebieten besser vor Verkäufen durch nicht zugelassene Händler geschützt werden sollen.

- Was bestimmte indirekte Maßnahmen zur Beschränkung des Online-Verkaufs betrifft, so werden Änderungen in Bezug auf Doppelpreissysteme (also Systeme, bei denen ein und demselben Händler für Produkte, die online verkauft werden sollen, höhere Großhandelspreise in Rechnung gestellt werden als für Produkte, die offline verkauft werden sollen) und den Grundsatz der Gleichwertigkeit (gegen den verstoßen wird, wenn die Kriterien für den Online-Verkauf insgesamt nicht mit den Kriterien für herkömmliche Ladengeschäfte gleichwertig sind) vorgeschlagen. Die bislang im Zuge der Überprüfung der Vertikal-GVO gewonnenen Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sich der Online-Verkauf zu einem gut funktionierenden Vertriebskanal entwickelt hat, sodass der besondere Schutz, der in Form der Einstufung bestimmter indirekter Maßnahmen zur Beschränkung des Online-Verkaufs als Kernbeschränkungen gewährt wurde, nicht mehr erforderlich ist.

Daher werden Doppelpreissysteme in Artikel 4 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO nicht mehr als Kernbeschränkung eingestuft. Folglich können Anbieter unterschiedliche Großhandelspreise für Online- und Offline-Verkäufe ein und desselben Vertriebshändlers festsetzen, sofern dies als Anreiz oder als Vergütung für angemessene Investitionen dienen soll und im Verhältnis zu den Kosten des jeweiligen Vertriebskanals steht.

Darüber hinaus müssen im Rahmen eines selektiven Vertriebssystems die von den Anbietern festgelegten Kriterien für Online-Verkäufe nicht mehr insgesamt mit den Kriterien für herkömmliche Ladengeschäfte gleichwertig sein, da es sich dabei um zwei von Grund auf unterschiedliche Vertriebskanäle handelt.

Die vorgeschlagenen Änderungen wurden in Anlehnung an die Grundsätze konzipiert, die für Beschränkungen des Online-Verkaufs im Allgemeinen gelten. Daher sieht der Entwurf der

überarbeiteten Vertikal-GVO vor, dass Doppelpreissysteme und nicht gleichwertige Kriterien nur dann freigestellt werden, wenn diese Beschränkungen weder unmittelbar noch mittelbar dazu dienen, Abnehmer oder ihre Kunden daran zu hindern, das Internet für den Online-Verkauf ihrer Waren oder Dienstleistungen zu nutzen.

2. Bereitstellung aktueller Orientierungshilfen für Interessenträger zur Unterstützung der Unternehmen bei der Prüfung ihrer Vereinbarungen in einem durch die Zunahme des elektronischen Handels und der Online-Plattformen geprägten neuen Unternehmensumfeld und zur Gewährleistung einer einheitlicheren Anwendung der Vorschriften für vertikale Vereinbarungen in der gesamten EU

Eines der Hauptziele der Überprüfung besteht darin, den Interessenträgern aktuelle Orientierungshilfen in Bezug auf Online-Beschränkungen an die Hand zu geben und eine EU-weit harmonisierte Herangehensweise an solche Beschränkungen zu gewährleisten. Zu diesem Zweck enthalten der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO und der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien die wichtigsten Grundsätze für die Bewertung von Online-Beschränkungen, die sich aus der Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Union in den Rechtssachen Pierre Fabre und Coty⁷ ergeben und auf die sich die GD COMP stützt⁸.

Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe n des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO sieht einen klaren Schwellenwert für die Beurteilung von Kernbeschränkungen in einem durch die Zunahme des Online-Handels veränderten Umfeld vor. Beschränkungen, die unmittelbar oder mittelbar, für sich genommen oder in Verbindung mit anderen Umständen bezwecken, Abnehmer oder ihre Kunden daran zu hindern, das Internet wirksam für den Online-Verkauf ihrer Waren oder Dienstleistungen zu nutzen oder einen oder mehrere Online-Werbekanäle wirksam zu nutzen, gelten als Beschränkungen des aktiven oder passiven Verkaufs und somit als Kernbeschränkungen im Sinne des Artikels 4 der Vertikal-GVO.

Abschnitt 6.1.2 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien enthält weitere Hinweise zu derartigen Kernbeschränkungen. Dort wird erläutert, unter welchen Umständen bestimmte internetbezogene Verhaltensweisen einen aktiven oder passiven Verkauf darstellen. So wird beispielsweise der Betrieb einer Website als eine Form des passiven Verkaufs angesehen, während die Übersetzung dieser Website in eine Sprache, die im Gebiet des Vertriebshändlers nicht üblich ist, eine Form des aktiven Verkaufs darstellt. Der Abschnitt besagt ferner, dass Beschränkungen der Nutzung von Preisvergleichswebsites oder bezahlter Links in Suchmaschinen im Rahmen der Vertikal-GVO als Kernbeschränkungen angesehen werden, weil Händler – als Voraussetzung für den Online-Verkauf – in der Lage sein müssen, Werbung zu treiben, um potenzielle Kunden auf ihre Website zu locken. Beschränkungen von Online-Werbung, die nicht bestimmte Online-Werbekanäle ausschließen, sind hingegen freigestellt, etwa wenn die Beschränkungen mit dem Inhalt der Online-Werbung zusammenhängen oder der Festlegung bestimmter Qualitätsstandards dienen. Eine weitere Neuerung im Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien besteht in der Einführung eines Abschnitts über Beschränkungen der Nutzung von Online-Plattformen und Preisvergleichsinstrumenten (Abschnitte 8.2.3 und 8.2.4).

⁷ Rechtssache C-439/09, Pierre Fabre Dermo-Cosmétique SAS/Président de l'Autorité de la concurrence, EU:C:2011:649; Rechtssache C-230/16, Coty Germany GmbH/Parfümerie Akzente GmbH, EU:C:2017:941.

⁸ Siehe Competition policy brief „EU competition rules and marketplace bans: Where do we stand after the Coty judgment?“ vom April 2018, abrufbar unter <https://ec.europa.eu/competition/publications/cpb/2018/kdak18001enn.pdf>.

Der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO und der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien enthalten auch spezifische Bestimmungen und Hinweise zur Plattformwirtschaft, da dieser Teil der Wirtschaft für den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO enthält eine Definition des Begriffs „Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten“, die auf einer ähnlichen Definition in der P2B-Verordnung⁹ beruht. In der Definition wird präzisiert, dass Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten im Rahmen der Vertikal-GVO als Anbieter gelten. Die Auswirkungen dieser Präzisierung und der Anwendung anderer Bestimmungen auf Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten werden in Abschnitt 4.3 der Vertikal-Leitlinien dargelegt. In den einschlägigen Hinweisen (Abschnitt 3.2.3) wird auch erläutert, weshalb Unternehmen, die in der Online-Plattformwirtschaft tätig sind, nicht als echte Handelsvertreter eingestuft werden können. Wie bereits im Zusammenhang mit den vorgeschlagenen Änderungen der Ausnahme für den zweigleisigen Vertrieb erwähnt, fallen hybride Anbieter von Online-Vermittlungsdiensten nach Artikel 2 Absatz 7 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-GVO nicht in den geschützten Bereich der Vertikal-GVO.

Die vorgeschlagenen Änderungen stehen mit dem Vorschlag für das Gesetz über digitale Märkte¹⁰ im Einklang. Dies hängt insbesondere damit zusammen, dass der Schwerpunkt des Gesetzes über digitale Märkte auf digitalen Gatekeepern liegt, bei denen es sich um Unternehmen handelt, die über Marktmacht verfügen und daher nicht in den geschützten Bereich der Vertikal-GVO fallen.

Der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien trägt auch dem Arbeitspapier vom Februar 2021 zu Vertriebshändlern Rechnung, die bei bestimmten Produkten für denselben Anbieter auch als Handelsvertreter fungieren¹¹.

Darüber hinaus soll der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO zu einer einheitlicheren Anwendung des Artikels 101 AEUV auf vertikale Vereinbarungen in der gesamten EU beitragen. Dazu sollen bestimmte wichtige Grundsätze in die Vertikal-GVO aufgenommen werden, die beispielsweise in Bezug auf die Beschränkungen des Online-Verkaufs greifen, sowie neue Bestimmungen, etwa in Bezug auf die Definition und Einstufung von Unternehmen, die Online-Vermittlungsdiensten anbieten, als Anbieter. Gleichzeitig soll der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien es den nationalen Wettbewerbsbehörden erleichtern, den Rechtsvorteil der Vertikal-GVO bei Bedarf im jeweiligen Einzelfall auf der Grundlage des bestehenden Rechtsrahmens zu entziehen, indem den Behörden Orientierungshilfen zu den anwendbaren Bedingungen und Verfahren zur Verfügung gestellt werden (Abschnitt 7.1 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien).

3. Senkung der Befolgungskosten für Unternehmen durch Vereinfachung der derzeitigen Vorschriften und Straffung der bestehenden Leitlinien

Der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-GVO und der Entwurf der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien sollen ferner dazu beitragen, die Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, zu senken,

⁹ Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdiensten (ABl. L 186 vom 11.7.2019, S. 57).

¹⁰ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über bestreitbare und faire digitale Märkte (Gesetz über digitale Märkte), {SEC(2020) 437 final} – {SWD(2020) 363 final} – {SWD(2020) 364 final}.

¹¹ Abrufbar unter

https://ec.europa.eu/competition/consultations/2018_vber/working_paper_on_dual_role_agents.pdf.

indem bestimmte Bestimmungen klarer gefasst werden, die bislang als besonders komplex und daher schwer umzusetzen gelten.

So wurden die Bestimmungen zu Beschränkungen in Bezug auf Gebiete bzw. Kundengruppen aus Artikel 4 Buchstabe b der gegenwärtigen Vertikal-GVO, die von den Interessenträgern als besonders komplex bezeichnet wurden, durch drei verschiedene Gruppen von Bestimmungen ersetzt, um den Geltungsbereich des Verbots für jedes der wichtigsten Vertriebssysteme – Alleinvertrieb, selektiven Vertrieb und freien Vertrieb – klarzustellen. Darüber hinaus enthält Abschnitt 4.6 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien eine ausführliche Erläuterung der Merkmale jedes dieser Vertriebssysteme.

Und schließlich wurde die Struktur des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien vereinfacht, um einen klareren Rahmen für die Analyse vertikaler Vereinbarungen zu schaffen. So wurden die Hinweise zu Fällen von Preisbindung, die bislang in verschiedenen Abschnitten der Leitlinien verstreut waren, in der neuen Struktur in einem eigenen Abschnitt zusammengeführt (Abschnitt 6.1.1 des Entwurfs der überarbeiteten Vertikal-Leitlinien).
